Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtrag- gebühr. Einzelnummern 15 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 95. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Montag, den 25. April 1927**

Der populärste Deutsche.

„Ist erst der nationale Gedanke, das nationale Bewußtsein wiedererstanden, dann werden für uns aus dem großen Kriege, auf den kein Volk mit berechtigterem Stolz und reinerem Gewissen zurückblicken kann als das unsere, solange es treu war, sowie auch aus dem bitteren Ernst der jetzigen Tage sittlich wertvolle Früchte reifen. Das Blut aller derer, die im Glauben an Deutschlands Größe gefallen sind, ist dann nicht vergeblich geflossen. In dieser Zuversicht lege ich die Feder aus der Hand und baue fest auf dich — du deutsche Jugend!"

Als Hindenburg vor sieben Jahren mit diesen Sätzen seine „Erinnerungen" schloß, da mag er wohl nicht geahnt haben, daß dieses Niederlegen der Feder nicht zur Wahrheit werden sollte; auch nicht erst auf die deutsche Jugend brauchte er zu bauen, sondern das Geschlecht, das unter seiner Führung gestritten und gelitten hat, war es, das ihn am 26. April 1925 auf den Schild hob. Nicht mit der sonst in Wahlkämpfen üblichen Beschimpfungskanonade wurde dieser Mann überschüttet, als er damals nach dem ersten vergeblichen Wahlakt nun aufgefordert wurde, für das höchste Amt zu kandidieren, das das deutsche Volk zu vergeben hat. Um die Mitternachtsstunde des 26. April war es gewiß, daß die Mehrheit des deutschen Volkes sich hinter den Mann stellte, dem sie durch Leid und Not vier Jahre hindurch gefolgt war. Auch jene Kreise, die ihm ihre Stimme nicht gegeben hatten, haben ihn während seiner zweijährigen Präsidentschaft schätzen gelernt und respektieren ihn zum mindesten heute. Er ist wirklich der erste Diener des Staates geworden, und gerade der Mann, der vor zwei Jahren sein Gegenkandidat war, der jetzige Reichskanzler Dr. Marx, selbst ist es gewesen, der vor kurzem über die Unparteilichkeit des Reichspräsidenten Worte tiefer Verehrung fand. Die Gegner von damals sind heute Freunde geworden.

Entschlüsse schwerster Art sind ihm nicht erspart geblieben; aber wie er sich auch entschied, so blieb er doch immer außerhalb des Lobes und des Tadels der Parteien, weil man wußte, daß er entschied, wie sein Gewissen es ihm vorschrieb. Und nicht bloß das Inland betrachtet den deutschen Reichspräsidenten als den „populärsten Deutschen", sondern sein Name ist als Verkörperung des Deutschtums bekannt rings um den Erdball. Nicht etwa nur als Heerführer, sondern jetzt nicht minder als Repräsentant des deutschen Volkes im Frieden.

Es klingt wie ein Märchen, wenn man sich daran erinnert, daß der Jüngling vor mehr als 60 Jahren bei Königgrätz gefochten, dann die Schaffung des Deutschen Reiches im Schlosse von Versailles miterlebt hat. Das Schicksal führte ihn auf die Höhen der Menschheit. Vergangenheit, Gegenwart und bessere Zukunft des deutschen Volkes strömen in dieser Person zusammen. „Ich habe das sichere Vertrauen, daß es der Gedankentiefe und der Gedankenstärke der Besten unseres Vaterlandes gelingen wird, neue Ideen mit den kostbaren Schätzen der früheren Zeit zu verschmelzen und aus ihnen vereint dauernde Werte zu prägen, zum Heile unseres Vaterlandes. Das ist die felsenfeste Überzeugung, mit der ich die blutige Walstatt des Völkerkampfes verließ. Ich habe das Heldenringen meines Vaterlandes gesehen und glaube nie und nimmermehr, daß es ein Todesringen gewesen ist." Ihm ist es im späteren Alter beschieden gewesen, mit daran zu helfen, dieses Wort, diese Hoffnung, diese Zuversicht Wahrheit werden zu sehen, selbst der Verwirklichung entgegenzuführen. Und an diesem Tage, da sich zum zweitenmal seine Wahl zum Reichspräsidenten jährt, gibt das deutsche Volk in seiner übergroßen Mehrheit der Hoffnung und der Zuversicht Ausdruck, daß ihm in Hindenburg der Führer zu besserer Zukunft erhalten bleibt.

Die Rheinlandräumung.

Ein neuer französischer Versuchsballon.

Der Berliner Korrespondent des „Journal" will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß im Gegensatz zu den kürzlich in deutschen parlamentarischen und politischen Kreisen verbreiteten Nachrichten die Reichsregierung nicht die Absicht hätte, eine diplomatische Note über eine vorzeitige Rheinlandräumung an die Alliierten vor Ende September zu überreichen. Gegenwärtig konzentriere sich die ganze diplomatische Aktivität des Reiches darauf, von den Alliierten die Erfüllung jener Versprechen zu erhalten, die Briand und Chamberlain gegenüber Stresemann in Locarno gemacht hätten und die sich auf eine „empfindliche Verminderung der Ist-Bestände der Feinde im Rheinlande zu einem nahen Termin" beziehen. Dasselbe Versprechen habe übrigens die Botschafterkonferenz in ihrer Note vom 15. November 1925 wiederholt. Der seinerzeit zwischen Berlin und Paris stattgefundene Gedankenaustausch habe in der Hauptsache die Verminderung des Effektivbestandes der Besatzungstruppen zum Gegenstand gehabt. Stresemann lege auf die Erfüllung der Versprechen Briands und Chamberlains in erster Linie Wert, um die Angriffe zu widerlegen, die behaupten, daß er zu leicht den Worten des französischen und des englischen Außenministers Glauben geschenkt hatte. Stresemann strebe die Verminderung der Besatzungstruppen um eine Division an.

Von offiziöser deutscher Seite wird hierzu mitgeteilt, daß die deutsche Initiative für die endgültige Rheinlandräumung einsetzen wird, nachdem die Voraussetzungen des Artikels 431, das heißt, die Verpflichtungen in der Angelegenheit der Ostbefestigungen, erfüllt worden sind. Dabei ist daran zu erinnern, daß der Reichsaußenminister in Genf bereits betont hat, Deutschland werde sich für sein Vorgehen den günstigsten Zeitpunkt aussuchen. Natürlich läßt sich das Datum entsprechend heute noch nicht bestimmen.

Genfer Abrüstungsberatungen

Enttäuschung über das Ergebnis.

Der Vorbereitende Ausschuß für die Abrüstungskonferenz hat, ohne in eine weitere Debatte über die Kontrollfrage einzutreten, beschlossen, die ganze Kontrollfrage auf die zweite Lesung zu vertagen und die gegensätzlichen Auffassungen, die im Laufe der gegenwärtigen Tagung zu dieser Frage aufgetreten sind, in dem Schlußbericht an den Völkerbundrat nebeneinanderzustellen.

Der japanische Delegierte machte dem Ausschuß davon Mitteilung, daß er seine Vorbehalte in bezug auf die Begrenzung der Marineeffekte, des Materials bei der Luftwaffe und der Flugzeuge auf Kriegsschiffen im Auftrage seiner Regierung unter bestimmten Voraussetzungen, unter ander bei Verzicht auf Unterscheidung von Mannschaften und Offizieren, zurückziehe.

Eine Kundgebung des Internationalen Friedensbureaus in Genf.

Das Internationale Friedensbureau in Genf, das die Zentrale aller Friedensgesellschaften in der ganzen Welt bildet, hat an den Vorbereitenden Ausschuß für die Abrüstungskonferenz einen Aufruf gerichtet, der vom Präsidenten des Friedensbureaus, dem belgischen Senator Lafontaine, unterzeichnet ist und feststellt, daß sich der Welt noch niemals eine tiefergehende Enttäuschung bemächtigt hat als anläßlich der Beratungen des Vorbereitungsausschusses. Der Aufruf weist auf die Verpflichtung aus dem Völkerbundpakt und auf die Versprechungen in bezug auf die allgemeine Abrüstung hin.

Neuer Schritt in Belgrad.

Gemeinsames Vorgehen Englands und Frankreichs.

In Belgrad sprachen der französische und der englische Gesandte bei dem jugoslawischen Außenminister Marinkowitsch vor. Der Zweck ihres Besuches war ein neuer Vermittlungsversuch der beiden Mächte zur Lösung des italienisch-jugoslawischen Konfliktes. Da ein gleicher Schritt in Rom vorgenommen wurde, ist man in Belgrader politischen und diplomatischen Kreisen allgemein der Ansicht, daß der Konflikt in eine neue Phase getreten ist, und daß nunmehr von seiten der Mächte alle Möglichkeiten ausgenutzt werden, um eine Lösung ohne Anrufung des Völkerbundes herbeizuführen. Der jugoslawische Außenminister hat auch bei dieser Gelegenheit die Bereitwilligkeit der jugoslawischen Regierung zu einer friedlichen Beilegung des Konfliktes, jedoch unbedingt auf der Grundlage der Gewährung positiver Garantien seitens Italien für die Wahrung der bedrohten Unabhängigkeit von Integrität Albaniens ausgesprochen. Die beiden Gesandten interessierten sich in diesem Zusammenhang lebhaft für die eventuellen Zugeständnisse, die Jugoslawien zu machen geneigt wäre.

In diplomatischen Kreisen erwartet man übrigens, daß auch Deutschland sich mit dieser Vermittlungsaktion der Westmächte solidarisch erklärt. Als außerordentlich bemerkenswert wird darauf hingewiesen, daß nach diesem Besuch der Gesandten bei dem Außenminister dieser zu einer längeren Audienz vom König empfangen worden ist.

Widersprechende Nachrichten aus China.

Tschangkaischek entschädigungsbereit?

Die aus China eingetroffenen Informationen bestätigen Tschangtsolins Absicht, die Säuberungsaktion gegen die Kommunisten fortzusetzen. Er dementiert energisch die Gerücht, nach denen er Unterhandlungen angeknüpft habe, um mit Tschangkaischek Frieden zu schließen. Tschangkaischek soll sich bereiterklärt haben, im Sinne der Gleichberechtigung die Forderungen der Mächte über die Ausschreitungen gegen Fremde in Nanking zu regeln und volle Entschädigung für die Schäden an Leben und Eigentum zu zahlen.

Die Kantonregierung soll gegenwärtig den Truppen Tschangtsolins in der mittleren Jangtsezone 100 000 Mann entgegenstellen. Die Vorhut der Nankingarmee soll bereits in Linkwaikwan an der Eisenbahnlinie Pikanu—Tientsin angekommen sein. Die zweite Armee Tschangkaischeks stieß auf Tsanaufu vor, während die dritte Armee im Jangtsetal gegen die Truppen von Hankau vormarschiert.

Andererseits wird gemeldet, daß die Hankauregierung die Bevölkerung zur Annahme der von der neuen Kuomintangbank ausgegebenen Papiergelder zwingen will. Bis jetzt wurden bereits 40 Millionen Dollar Papierscheine ohne genügende Metalldeckung ausgegeben. Die Handelskammer von Hankau versprach Tschangtsolin 20 Millionen Dollar, wenn er die Stadt den extremen Nationalisten entreißen könne.

Der von der Nankingregierung abberufene Finanzminister Sung [illegible] in die französische Konzession von Schanghai geflüchtet.

Japan in Finanznöten.

Ein dreiwöchiges Moratorium.

Über Japan ist eine schwere Finanzkrise hereingebrochen, so daß die Regierung die Schließung aller Banken für drei Wochen, sowie einen allgemeinen Zahlungsaufschub und die Schließung der Waren- und Effektenbörsen angeordnet hat. Die Zeitungen haben einen Burgfrieden geschlossen und betonten, daß jetzt alle politischen Parteien ihre Streitigkeiten vergessen und die Finanzfragen nach dem Standpunkt der Wohlfahrt des Landes erörtern sollten. Wie groß die Finanzmisere in Japan augenblicklich ist, kann man daraus ersehen, daß die Ausfuhr von Gold nach den Vereinigten Staaten vorläufig untersagt worden ist. Die Finanzkrise war in Japan schon seit längerer Zeit im Anzug. Auch die letzte Ministerkrise, die den Baron Tanaka an die Spitze der Regierung geführt hat, ist in erster Linie auf diese Finanzkrise zurückzuführen; und so hat denn auch der neue japanische Ministerpräsident zur Grundlage seines Regierungsprogramms die wirtschaftliche Gesundung Japans gemacht.

Die Wirren in China sind wohl neben den schweren Erdbebenkatastrophen, von denen das Land in den letzten Jahren heimgesucht wurde, als ein Hauptfaktor für die jetzige schwierige Finanzlage Japans anzusehen. Sie haben der japanischen Industrie die wichtigsten Absatzgebiete geraubt. Die Folge davon waren Arbeitslosigkeit und Geldmangel der Unternehmungen, die infolgedessen noch den Plan hegen, ihre Betriebe völlig stillzulegen. Die Durchführung dieses Planes würde der japanischen Wirtschaft natürlich einen weiteren schweren Schlag versetzen. Den akuten Anlaß zu der Finanzmisere gab der Zusammenbruch der japanischen Weltfirma Suzuki, die im Fernen Osten eine große Rolle spielt. Sie hat durch verfehlte Zuckerspekulationen riesige Verluste erlitten, in die auch die hinter ihr stehenden Banken hineingezogen wurden. Als einzigen Rettungsweg erblickt man ausländische Hilfe, und wie es heißt, sollen auch bereits Verhandlungen mit England zur Aufnahme eines größeren englischen Kredits angebahnt worden sein. Jedenfalls ist die japanische Wirtschaft gegenwärtig von einem tiefen Pessimismus durchsetzt.

Die Politik Tschangkaischeks.

Außenminister Tschen abgesetzt.

Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien" in Schanghai hat von General Tschangkaischek Erklärungen über die von ihm geplante Politik erhalten. Tschangkaischek vertritt darin folgende drei Grundsätze: 1. Er hofft, daß die Mächte dem chinesischen, vom Bolschewismus befreiten Nationalismus ihre Unterstützung nicht versagen werden. 2. Er ist bereit, sich mit Marschall Tschangtsolin zu verständigen, wenn dieser sich zu den von Sunjatsen aufgestellten nationalistischen Grundsätzen bekenne. 3. Er wird die für die Nankinger Zwischenfälle verantwortlichen Personen bestrafen und Genugtuung geben durch Entschädigung der Opfer bzw. ihrer Hinterbliebenen. Im übrigen betonte Tschangkaischek, daß er gegen die bolschewistischen Elemente in seinem Heere energisch vorgehen werde.

Die neue nationalistische Regierung hat Dr. Tschaotschuwu zum Minister des Auswärtigen ernannt. Jedoch wird der derzeitige Minister Tschen noch so lange im Amte bleiben, bis die Angelegenheit des Zwischenfalles von Nanking geregelt ist.

Die amerikanische Ueberschwemmungskatastrophe.

Zahlreiche weitere Todesopfer.

Die Überschwemmung im Mississippitale dehnt sich auf immer weitere Gebiete aus. Einer der stärksten Schutzdämme in Greenville brach unter der Gewalt der Fluten, die unaufhaltsam in südlicher Richtung vordringen, zusammen. In New-Orleans trifft man fieberhafte Vor-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF